Abonnementspreis
mit der wöchentlich zweimal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Die Arbeitswelt“. Bringerlohn 50 Pf., bei Bestellbestellung in den Hauptbriefkasten 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6582) pro Vierteljahr M. 2.10. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
nur Montags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1780.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden.“

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mindestens zweimaliger Wiederholung unter Wahrung gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens nach 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden und sind sie sofort zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftsstelle von morgens 9 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1780.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 34. | Dresden, Dienstag den 11. Februar 1902. | 13. Jahrg.

Der Konflikt in Sachsen.

Die Ministerkrise hängt trotz Ministerkonferenzen und Vorträgen der Minister vor dem König und vertraulichen Besprechungen in der Zweiten Kammer noch vollständig in der Schwebe. Nach dem, was aus der vertraulichen Sitzung der Zweiten Kammer in die Oeffentlichkeit dringt, hat die Aussprache in dieser Sitzung an Schärfe nichts zu wünschen übrig gelassen. Die Herren im Dreiklassenparlament sind namentlich ärgerlich über den ministeriellen Artikel im Dresdner Journal gewesen, den wir gestern bereits gewürdigt haben.

Die Herren der Zweiten Kammer gefallen sich noch in der ungewohnten Rolle der „Unentwegten“; deshalb ist ein Entgegenkommen vorläufig nicht zu erwarten, und so lange das nicht der Fall ist, ist kaum auf einen Ausgang zu rechnen, wie ihn sich die reaktionären und spießbürgerlichen Zirkel wünschen. Dort möchte man sich gern mit Herrn v. Watzdorf als Opfer begnügen, die anderen Herren aber, besonders Herrn v. Metzsch, der Reaktion erhalten.

Darauf steuert auch die reaktionäre Presse Sachsens „zielbewußt“ zu. Die Dresdner Nachrichten suchen heute Herrn v. Metzsch plausibel zu machen: ein Indemnitätsgesuch das wäre doch gar nicht so schlimm, eine Regierung vergebe sich dadurch gar nichts. Bismarck, Bülow und andere hätten ebenfalls schon um Indemnität nachgesucht. Jedenfalls liege keine Veranlassung zu einem solidarischen Eintreten der unschuldigen Minister für den schuldigen vor. Kurz, man redet Herrn v. Metzsch zu, wie einem kranken Kinde. In der Zweiten Kammer aber ist man förmlich verliebt in den Konflikt. Das Dreiklassenparlament will die Gelegenheit gehörig ausnützen, sich möglichst lange Zeit in der Gloriole der Volkstribunen zu sonnen. Wir gönnen den Herren das Vergnügen, sie haben solchen Flitter nötig. Und doch ist das Volk nicht mehr über die schädlichen Folgen der konservativen Kliquenwirtschaft und Sonderpolitik zu täuschen! Das jetzige Manöver wird ihnen auch nicht viel nützen, die Wähler werden die agrarischen Interessenpolitiker auch in der Rolle als Steifleinene richtig einschätzen und ihr Spiel durchschauen.

Und das ist wirklich nicht schwer, denn die Geschicklichkeit, mit der die reaktionären Politiker ihre Rolle spielen, läßt wirklich viel zu wünschen übrig. Man sehe sich nur etwas genauer an, was die Konservativen selbst in ihrem Leibblatte der Welt verkünden. Da heißt es:

. . . . Und wenn man sich dann gar auf der Regierungsseite allen Anscheine nach jene offiziöse Weisheit zu eigen macht, die den klugen und staatsmännischen Charakter der Wahlrechtsänderung, der den parlamentarischen Einfluß der Sozialdemokratie eliminiert hat, in Zweifel zieht, so könnte man beinahe vermuten, die Regierung erkenne jetzt die Sozialdemokratie für weniger staatsgefährlich als die ganze Zweite Kammer. Man begreift nicht, wie die Regierung der Zweiten Kammer zumuten kann, daß sie leichten Herzens auf die Wahrung ihres verfassungsmäßigen Rechtes verzichtet, ohne jede Rücksicht auf die bedenklichen politischen Folgen, die eine solche pflichtwidrige Verzichtleistung auf die Volksrechte, die dabei zugleich geopfert würden, nach sich hätte ziehen müssen. Die Zweite Kammer und die in ihr vertretenen staatserhaltenden Parteien hätten sich im Falle der Kapitulation vor dem Regierungsverlangen, von der Stellung der Verfassungsfrage abzusehen, in den Augen der Wählerschaft und des gesamten sächsischen Volkes so tief degradiert, daß bei den nächsten Reichstagswahlen auch der Rest der Reichstagsmandate, die in Sachsen noch den bürgerlichen Parteien verblieben sind, dem staatsfeindlichen Radikalismus überantwortet worden wäre. Nicht mit Schadenfreude, wie man offiziös meint, sieht die Sozialdemokratie auf die pflichtgemäße Haltung der Zweiten Kammer in der Indemnitätsfrage, sondern mit grimmigem Bedauern, daß die Zweite Kammer den „Verrat“ an den Volksrechten nicht begangen hat. Kein erfolgreicheres Agitationsmittel würde es für die Sozialdemokratie gegeben haben, als wenn die Volksvertretung ihr gutes Recht preisgegeben hätte. Eine kluge weitausschauende Regierungspolitik hätte auch dies im Auge behalten müssen!

Da verrät man sich ja mit aller nur wünschenswerter Deutlichkeit selbst. Als Volkstribunen, als Schützer der Volksrechte spielen sich die Dreiklassenmänner auf, um sich bei den Wählern als solche zu empfehlende Erinnerung zu bringen, damit der Sozialdemokratie der Wind aus den Segeln genommen werde. Unsere Konservativen sind gar weitschauende Politiker! An die Reichstagswahlen haben sie schon gedacht, und jetzt bereiten sie bereits die künftigen Siege vor. Wir haben uns über die ganze Entrüstungskomödie keinen Augenblick getäuscht: daß man aber so offen zugiebt, die Geschichte sei nichts weiter als eine Komödie, die den Zweck hat, dem Volke blauen Dunst vorzumachen, — soviel staatsmännische, sagen wir Aufrichtigkeit hätten wir bei den Herren wirklich nicht gesucht. Solche Geniestreiche zeigen, daß die Erregung unter der konservativen Klique bis zur Siedehitze gestiegen und in eine blinde Wut gegen die Verteidiger der Minister umgeschlagen ist. Wie sollen aber auch die sächsischen Staatsretter, die sich so sicher auf dem Sumpfboden des Dreiklassenwahlrechts fühlen, ruhig bleiben, wenn die der Regierung nahe stehenden Organe, das Dresdner Journal und der Sachsenspiegel, angesichts der jetzigen Situation mit kalter Ruhe die Frage aufwerfen, „ob es klug und staatsmännisch gehandelt war, durch politische Institutionen den **vereinigten Ordnungsparteien zu einem gesicherten Besitz ihrer Macht zu verhelfen.**“

Da wird ja die konservative Macht selbst von der Regierung direkt als staatsgefährlich erklärt. Da soll doch ein Donnerwetter . . . . Doch Fluchen thut's nicht, so sagten sich die Konservativen und daher gingen sie hin und „widerlegten“ diese Auslassungen in den Dresdner Nachrichten in der genialen Weise, von der wir eben eine Probe gegeben haben.

Es ist ein Schauspiel für Götter! Die Sozialdemokratie, die man „eliminiert“ zu haben glaubt, ist die eigentliche treibende Kraft des jetzigen Rummels. Ohne die Sozialdemokratie wäre die Etatsüberschreitung keine Verfassungsverletzung gewesen, hätte es keinen Konflikt gegeben, wären die verfassungsmäßigen Rechte der Stände und des Volkes nicht in Gefahr gewesen? Mehr Aufrichtigkeit kann man sich nicht wünschen.

Damit ist aber auch der ganze von den Konservativen in Szene gesetzte Rummel gekennzeichnet. Nicht um die Verfassung, nicht um die ständischen Rechte war es ihnen zu thun: einen Trick brauchten sie, um die Wähler über ihre schädliche Politik zu täuschen, den Beamten, die noch immer infolge der konservativen Steuerpolitik auf ihre Zulagen warten, Sand in die Augen zu werfen, das Volk irre zu führen über die wahren Gründe und Schuldigen des Defizits und die neuen Lasten! Dazu inszenierte man den Verfassungskonflikt, als sich eine günstige Gelegenheit bot, dazu kompromittierte man eine Aktion, die, aus anderen Gründen unternommen, auch unserer Unterstützung sicher gewesen wäre. Nun begreift man, weshalb der Regierung davor graut, mit dieser Klique weiter zu arbeiten.

Das fügsame Parlament.

Wien, am 9. Februar 1902.

-th- Kaleidoskopartig wechseln die Bilder der parlamentarischen und politischen Lage. Wenn es gestern schien, als näherten sich ernstliche Gefahren, welche Regierung oder Parlament mit dem Untergange bedrohten, so ist heute alles eitel Friede und Glück. Man versucht sich eine Vorstellung von dem Lauf der Dinge zu machen, indem hat sich alles geändert; Meinung und Urteil veralten über Nacht, und noch einen Tag weiter weiß man sich dessen kaum noch zu erinnern, was vor ganz kurzem alle bewegt. So geht es nun schon bei zwei Wochen regellos, ruhelos auf und ab. Vor 14 Tagen sah man den Finanzminister im Budgetausschuß in scheinbar schwerer Bedrängnis. Er hatte auf das laufende Jahr die Einnahmen von den Mauten in den Voranschlag eingestellt, obwohl das Abgeordnetenhaus schon wiederholt die Abschaffung der veralteten, verkehrswidrigen Abgabe gefordert hatte. Im Ausschusse begegnete ihm heftiger Widerstand, die Streichung des Postens schien unvermeidlich. Da drohte Böhm-Bawerk mit dem Rücktritte. Und siehe, bei der Abstimmung trug er den Sieg davon, das Mautengesetz und der Herr Finanzminister bleiben uns erhalten dank dem Beschlusse derjenigen agrarischen Parteien, die die Beseitigung des die Bauern so beschwerenden Wegzolles seit langen Jahren am lebhaftesten verlangten. Diese „Teilkrise“ hatte genau eine Stunde gedauert.

Hierauf kamen die Renoste und Rese des Unterrichtsbudgets. Schon die Frage der mährischen Universität rief im Ausschusse Stürme hervor. Deutsche und Tschechen rasten in heftigster Feindschaft aufeinander. Unversöhnlich und unüberbrückbar war der Gegensatz der Meinungen. Wer sollte zwischen den Deutschen, die eine zweite tschechische Universität zugestehen möchten, aber nur, wenn zugleich eine deutsche errichtet würde und unter gar keinen Umständen in Brünn, und den Tschechen vermutzeln, die eine Hochschule in Brünn und nirgends anders haben wollen? Schon wurde die Obstruktion offen angekündigt. Doch da trat der Unterrichtsminister Hartel auf und gab eine Erklärung ab, in der er die Errichtung einer deutschen und einer tschechischen Universität in Mähren verhieß, für den Fall, daß beide Volksstämme sich in der Frage einigen würden. Er sprach von Mähren, das Wort „Brünn“ kam in seiner Erklärung überhaupt nicht vor. Und weil keiner von beiden aus der Rede des Ministers die Erfüllung seiner Wünsche herauslesen konnte, waren beide zufrieden und der Universitätsstreit ist vorläufig beigelegt.

Doch kaum war man über den Berg, so stand man vor noch weit schlimmeren Gefahren. Das schreckliche slovenische Untergymnasium in Cilli tauchte auf dem politischen Horizont auf. Schon einmal hat es einem österreichischen Ministerium das Grab bereitet, im Jahre 1895, als die Deutschklerikalen mit den Slaven zusammen für die Errichtung dieser Anstalt stimmten, und die deutsche Linke infolgedessen aus der Koalition austrat. 1897 tauchte die Frage zu neuen Kämpfen. Jetzt besteht das Gymnasium bereits sechs Jahre, und aus Achtung vor dem erworbenen Rechte stimmten dann im Ausschusse die Deutschklerikalen für die Budgetposition, sodaß sie mit ziemlicher Mehrheit bewilligt wurde. Allein zugleich verwahren sich alle Deutschen, selbst die Deutschklerikalen, die Minister des Cillier Untergymnasiums, auf eine Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, das Untergymnasium von Cilli nach Marburg zu verlegen und die dortigen slovenischen Parallelklassen zu eine eigene Anstalt zu verwandeln. Zum erstenmal, seit in Oesterreich ein Parla-

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

(28. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

Trotz Mortensens Protest hatte Mo im „Chaos“ das oberste zu unterst gekehrt und ganz unten auf dem Boden des Regals ein zerknittertes gelbes Kouvert gefunden, das er in aller Gemütsruhe hervorzog.

Alle waren stillschweigend darin einig, daß Anders selber diese Dokumente in irgend einer bösen Absicht dort versteckt hatte. Konzilist Mortensen murmelte mit finsterer Miene: „Nun ist er reif.“

Der Staatsrat setzte den goldenen Kneuppel auf und öffnete das Kouvert; eine kleine Staubwolke erhob sich.

„Hier steht die laufende Nummer — von Ihrer eigenen Hand geschrieben, Herr Expeditionssekretär! Vergleichen Sie die laufende Nummer!“

Der kleine Mann lief davon, als wäre er selber die laufende Nummer. Ehe er aber noch zu seinem Protokollbuch kam, wurde er in einem Unheil verkündenden Tone zurückgerufen.

Der Staatsrat hatte nämlich ein paar Zeilen der Eingabe gelesen und rief plötzlich: „Wie ist denn aber dieses Dokument zu uns gekommen?“

Als nun der Expeditionssekretär zurückkehrte, setzte Staatsrat Bennechen seinen großen weißen Zeigefinger so nachdrücklich unter ein Wort des Textes, daß der Nagel eine tiefe Spur zurückließ: „Was steht hier? Da steht: Früheres Kirchengut.“

„Der Bischof in Christiansland —“ warf Nädel ein, der in atemloser Spannung folgte.

„Also gehört diese Sache ins Kultusministerium — nicht hierher —“ sagte der Staatsrat ärgerlich.

„Ja, aber — aber —“ begann der Expeditionssekretär: „Ich kann mich gar nicht daran erinnern — nein, wahrhaftig nicht. Vielleicht habe ich aber damals gefunden, daß der Gegenstand der Eingabe von solcher Beschaffenheit ist —“

„Der Gegenstand der Eingabe!“ unterbrach ihn der Staatsrat sehr streng. „Hier ist nicht vom Gegenstand der Eingabe die Rede, sondern von gutem, ministeriellem Brauch, und nach diesem Brauch werden alle Sachen, die früheres Kirchengut betreffen, ordnungsgemäß dem Kultusministerium überwiesen. Das ist eine alte Regel, die dem Herrn Expeditionssekretär denn doch nicht unbekannt sein sollte. Mo! Schaffen Sie diese Dokumente ins Kultusministerium.“

Der Staatsrat richtete sich in seiner ganzen imponierenden Größe auf und übergab Mo die Dokumente. Die Zuschauer zogen sich zurück, und der Expeditionssekretär setzte sich ganz vernichtet hin und starrte seine laufenden Nummern an.

Nädel aber ließ die Dokumente nicht aus den Augen, und als sein Bruder lautlos mit ihnen verschwand, rief er: „Wer hat nun recht?“

„Mein lieber Freund!“ antwortete der Staatsrat. „Das kann ich Ihnen nicht sagen. Wenn Sie aber nach Verlauf einer angemessenen Frist beim Kultusministerium vorfragen, wird man Ihnen ohne Zweifel befriedigende Aufschlüsse geben. Leben Sie wohl, meine Herren, adieu! Es ist mir ein großes Vergnügen gewesen, Ihnen dienen zu können.“

Damit schob er sie höflich zur Thür hinaus und schloß hinter Ihnen ab.

Nädel ging wie im Rausch; nun begriff er schon gar nichts mehr. In dem Lotsenvorsteher kochte es aber immer stärker. Und als nun Mortensen vor ihm eine förmliche Verbeugung machte, gewann eine blinde Wut über seine Gutmütigkeit die Oberhand. Er ergriff eine im Fenster stehende Tintenflasche und warf sie mit aller Kraft nach Mortensen.

Der Redakteur bückte sich schnell, und die Flasche flog an die Wand hinter seinem Pult und ging in Scherben. Wieder entstand in den anstoßenden Zimmern eine große Verwirrung, während der Lotsenvorsteher und Nädel schleunigst machten, daß sie die Treppe hinunter kamen.

Das Entsetzen über diesen Akt unerhörter Gewaltthätigkeit war so groß, daß kein Mensch daran dachte, die Verbrecher zu verfolgen. Während sich aber eine immer größere und größere Schar vor dem ungeheueren Tintenfleck versammelte, den dem Schar vor dem ungeheueren Tintenfleck versammelte, den dem zahlreiche schwarze Streifen ausgingen, kämpfte Hiorth einen schweren Kampf. Er wollte gar zu gern etwas sagen. Wenn er nur gewußt hätte, ob es ein Witz war oder eine ungeheuere Dummheit; zuweilen hatte er nämlich in der Beziehung schwere Enttäuschungen erlebt. Endlich faßte er Mut und sagte halblaut: „Wartburg.“

Es war ein Witz, und Herrn Hiorths Herz schwoll vor Stolz. Als aber herauskam, daß Hiorth ihn gemacht hatte, da gab es ein großes, unverhohlenes Erstaunen, und es gab sogar Leute, bei denen von dieser Zeit an Hiorth in dem Verdacht blieb, daß er vielleicht doch nicht so ganz dumm wäre.

Einstimmig aber wurde beschlossen, daß Mortensens Platz künftighin Wartburg heißen, und daß der „monumentale Tintenfleck“ niemals weggewischt oder überdeckt werden sollte. Und so fest hatteten der Name an Mortensens Platz — auch nachdem ihn Mortensen längst mit einem besseren vertauscht hatte — daß alle Aussicht dafür vorhanden ist, daß der Tintenfleck und Hiorths Witz fortleben werden, solange das Ministerium besteht; und das heißt wahrscheinlich: so ziemlich bis zum jüngsten Gericht.

XX.

Es war zwei Uhr.

Delphin hatte die Salons des Staatsrats nach einem Prinzip arrangiert, von dem er selbst behauptete, es sei unterm zweiten Kaiserreich in den Tuilerien Mode gewesen.

Mitten im Zimmer war freier Raum, so daß man auf und ab gehen konnte. In den Ecken aber und an den Fenstern unter den Gardinen waren Fauteuils und Lehnstühle aufgestellt, bei denen sich zwei, drei, höchstens vier Personen in besonderen Gruppen zusammenfinden konnten.

Mit seiner unermüdlichen Erfindungsgabe und seinen lustigen Einfällen war es Delphin gelungen, die üble Laune der Frau Staatsrat wenigstens teilweise zu vertreiben; der Kammerherr hatte seinerseits in Erfahrung gebracht, was er über die plötzliche Abreise der beiden Ministerinnen zu wissen wünschte.

Im Speisesaal stand ein ausgesuchtes Champagnerfrühstück auf dem Tisch. Es sollte ganz zwanglos gegessen werden, je nachdem die Gäste kamen. Die bevorstehende Einzugsfeierlichkeit beschäftigte ja so ziemlich jeden auf irgend einer Weise, und daher sollte jeder kommen und gehen, wie es ihm behagte. Es war auch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020211/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG